



NIEDERSCHRIFT
(öffentlicher Teil)
30. Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Sitzungstermin:	Donnerstag, 06.04.2017	
Sitzungsbeginn:	16:00 Uhr	
Sitzungsende:	17:41 Uhr	
Sitzungsort:	Haus der Jugend Travemünde, Auf dem Baggersand 28 a, 23570 Lübeck-Travemünde	
Anwesende Mitglieder		
Vorsitz		
Tim Klüssendorf- SPD		
Mitglieder aus der Bürgerschaft		
Aydin Candan- SPD		
Katja Mentz- grün+alternativ+links (GAL)		
Jörn Puhle- SPD		bis 17:25 Uhr
Felix Untermann- CDU		
stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.		
Jose Maria Bernet- Lübecker Jugendring		Vertretung für: Frau Kathrin Ziese
Pastorin Dörte Eitel- AG freier Wohlfahrtsverbände		
Dagmar Hildebrand- CDU		bis 17:26 Uhr
Renate Paulin-Wittmaack- Lübecker Jugendring		Vertretung für: Herrn Joachim Giesenberg
Horst Wargenau- CDU		
Beratende Mitglieder ohne Stimmrecht		
Cornelia Bauke-		Vertretung für: Herrn Bacar Gadji
Aysel Emektar-		
Klaus-Peter Jürgensen- Fachbereichsdienste FB 4		
Timon Kolterjahn- FDP		bis 17:21 Uhr
Thomas Mix- Stadelternvertretung		
Andreas Müller- Freie Wähler & Die Linke		
Lutz Regenber- Mitglied der Fachgruppe HZE		
Birgit Reichel- 4.513 Jugendarbeit/Jugendamt		
Petra Scharrenberg- 4.510 Familienhilfen / Jugendamt		Vertretung für: Frau Renate Junghans
Christian Weise- Kreiselternvertretung		
Stellvertreter		
Jürgen Wecker- AG freier Wohlfahrtsverbände		Vertretung für: Frau Eveline Kuring-

	Arent
Verwaltung	
Senatorin Kathrin Weiher- FB 4 - Kultur und Bildung	
Petra Albrecht- Jugendhilfeplanung	
Renate Heidig- Jugendhilfeplanung	
Siglinde Justin- 2.500 - Soziale Sicherung	bis 17:35 Uhr
Eva Mesch- 4.510 - Familienhilfen/Jugendamt	
Doris Oldenburg- städt. Kindertageseinrichtungen	
Aiko Wagner- FBC FB 4	
Protokollführung	
Dana Gladasch-	
Sonstige Personen	
Annette Windmüller- JobCenter	
Entschuldigte Mitglieder	
stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.	
Joachim Giesenberg- Lübecker Jugendring	- nicht anwesend -
Anka Grädner- Bü90/DIEGRÜNEN	- nicht anwesend -
Sandra Pereira da Silva David- Lübecker Jugendring	- entschuldigt -
Nicole Vollert- SPD	- nicht anwesend -
Kathrin Ziese- Lübecker Jugendring	- nicht anwesend -
Beratende Mitglieder ohne Stimmrecht	
Bacar Gadji-	- entschuldigt -
Renate Junghans- 4.510 Familienhilfen / Jugendamt	- entschuldigt -
Fritz Knispel- BfL	- entschuldigt -
Stellvertreter	
Thomas Grams- AG freier Wohlfahrtsverbände	- entschuldigt -
Verwaltung	
Angelika Kramm- FBC FB 4	- entschuldigt -
Sonstige Personen	
Inge Hennig- Seniorenbeirat	- entschuldigt -

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1.	Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung
2.	Niederschriften vom 02.03.2017
3.	Anliegen der Jugend
4.	Anfragen / Antworten / Mitteilungen
4.1.	Anfrage des Ausschussvorsitzenden des Jugendhilfeausschusses Tim Klüsendorf an die Verwaltung zu den unbesetzten Planstellen des Bereiches Jugendarbeit Vorlage: VO/2017/04584
4.2.	Mitteilung der Verwaltung
4.2.1.	aktueller Sachstand Unterhaltsvorschuss
4.3.	Anfrage des AM Katja Mentz (GAL): Schließungszeiten der Kinderbetreuungseinrichtungen in Lübeck Vorlage: VO/2017/04829
5.	Berichte
5.1.	mdl. Bericht unbegleitete minderjährige Ausländer im Übergang
5.2.	Teilhabeplan von und für Menschen mit Behinderung; Ergebnisse der Arbeitsgruppen zu den Handlungsfeldern "Kindheit, Jugend und Familie" und "Schule und Bildung" Vorlage: VO/2017/04656
6.	Beschlussvorlagen
7.	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft
8.	Anträge von Ausschussmitgliedern
9.	Verschiedenes
11.	Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Öffentlicher Teil:

zu 1 Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung

Herr Klüssendorf eröffnet die 30. Sitzung des Jugendhilfeausschusses. Er begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Herr Klüssendorf weist darauf hin, dass Ausschussmitglieder verpflichtet werden müssen und bittet die Anwesenden sich zu erheben. Er verliest die Verpflichtungsformel: „Hiermit verpflichte ich Sie gemäß § 46 Absatz 6 der Gemeindeordnung zur gewissenhaften Erfüllung Ihrer Obliegenheiten und führe Sie in per Handschlag in Ihr Amt ein.“ Danach gibt er Frau Bauke, Frau Paulin-Wittmaack und Herrn Wecker die Hand und erklärt: „Ich verpflichte Sie!“

Herr Klüssendorf bedankt sich bei Frau Jaacks-Mirow, dass der Ausschuss in der Jugendeinrichtung Haus der Jugend Travemünde tagen darf und übergibt das Wort an sie. Frau Jaacks-Mirow stellt sich und ihren Kollegen Herrn Markus Runge vor und berichtet kurz über diese Einrichtung.

Herr Klüssendorf erklärt, dass es eine schriftliche Anfrage von Frau Mentz gibt, die umverteilt und unter 4.3 behandelt wird und dass es einen nichtöffentlichen Teil unter 10.1 gibt.

Herr Klüssendorf fragt, ob mündliche Anträge zur Tagesordnung gestellt werden. Dies ist nicht der Fall. Die Tagesordnung wird damit unter Berücksichtigung der vorgetragenen Änderungen sowie der Zuordnung der für den nichtöffentlichen Teil vorgeschlagenen TOP 10.1 einstimmig festgestellt.

zu 2 Niederschriften vom 02.03.2017

Es liegen keine schriftlichen Änderungsanträge zur Niederschrift vor. Herr Klüssendorf fragt die Mitglieder des Ausschusses, ob mündliche Änderungsanträge zur Niederschrift der 29. Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 02.03.2017 vorgebracht werden. Frau Eitel trägt folgende Änderung zum TOP 6.1 vor: Frau Eitel weist darauf hin, dass die Erweiterung der Betreuungszeiten der Integrationsgruppen in der Kita Wichern I auf Seite 7 und der Kita Janusz Korczak auf Seite 8 nur für die Elementarkinder gilt. Die Integrationskinder werden weiterhin nur mit sechs Stunden betreut. Diese Änderung wird in die Niederschrift eingearbeitet. Die Niederschrift ist damit mit der Änderung des TOP 6.1 einstimmig festgestellt.

zu 3 Anliegen der Jugend

Herr Bernet berichtet über ein Projekt, zusammen mit dem Stadtschülerparlament, zur Bele-

bung der Jugendhanse. Der aktuell Delegierte der Jugendhanse scheidet aufgrund des Alters aus und eine Ausschreibung zur Wiederbesetzung muss gefertigt werden. Der Lübecker Jugendring will die Ausschreibung erstellen, damit die Jugendhanse besser an die Hansestadt Lübeck und den Jugendhilfeausschuss angebunden ist.

Auf Nachfragen von Frau Mentz erklärt Herr Bernet, dass die Delegierten bisher nicht vorbereitet wurden, dies aber zukünftig erfolgen soll. In der Ausschreibung werden Auswahlkriterien festgelegt und die Ausschreibung wird dann durch die Bürgermeisterkanzlei durchgeführt. Die Veröffentlichung erfolgt über die Lübecker Nachrichten, das Stadtschülerparlament und die Schulsozialarbeiter sollen angesprochen werden.

Herr Bernet teilt mit, dass am 27.04.2017 um 16:00 Uhr in der Diele eine Podiumsdiskussion mit allen jugendpolitischen Parteien, die im Landtag vertreten sind, stattfinden soll. Diese Veranstaltung ist von Jugendlichen organisiert und wird auch von ihnen moderiert.

zu 4 Anfragen / Antworten / Mitteilungen

zu 4.1 Anfrage des Ausschussvorsitzenden des Jugendhilfeausschusses Tim Klüsendorf an die Verwaltung zu den unbesetzten Planstellen des Bereiches Jugendarbeit Vorlage: VO/2017/04584

Frau Reichel berichtet über die aktuelle Personalsituation im Bereich 4.513 – Jugendarbeit. Derzeit gibt es sechs unbesetzte von insgesamt 43 Planstellen (zwei in Moisling, eine in der Röhre, eine im Burgtor, eine in den Nachbarschaftsbüros und eine halbe in der Verwaltung). Im Freizeitzentrum Moisling wird eine Stelle durch eine interne Bewerberin zum 01.05.2017 besetzt und die zweite Stelle befindet sich derzeit im Auswahlverfahren zur Wiederbesetzung.

Die Stellen in der Röhre, dem Burgtor und den Nachbarschaftsbüros befinden sich im Verfahren zur internen und externen Ausschreibung.

Der Bereich Jugendarbeit verfügt über zwei Stellen aus dem Freiwilligen Sozialen Jahr und eine Stelle aus dem Bundesfreiwilligendienst.

Sehr lange war es nur möglich intern Stellen auszuschreiben, so dass nur sehr wenig junge Leute in diesen Bereich kamen. Dies wird deutlich, indem 49 % der Mitarbeiter zwischen 50 und 59 Jahren und 17 % über 60 Jahren sind.

Die stellvertretende Bereichsleitungsstelle wird laut Bürgerschaftsbeschluss eingespart und die Bereichsleitungsstelle ist im Ausschreibungsverfahren.

Frau Reichel bedankt sich noch mal beim Fachbereich für die Unterstützung bei der Wiederbesetzung der Planstellen.

Auf einen Nachfrage von Frau Mentz antwortet Frau Reichel.

zu 4.2 Mitteilung der Verwaltung

zu 4.2.1 aktueller Sachstand Unterhaltsvorschuss

Frau Scharrenberg erklärt, dass sich das Unterhaltsvorschussgesetz voraussichtlich zum 01.07.2017 ändern wird. Aufgrund des zusätzlichen Personalbedarfs wird der Bereich Familienhilfen fünf Sachbearbeiterstellen und zwei Verwaltungsstellen extern und intern ausschreiben. Nun müssen entsprechende Räume für die zusätzlichen Mitarbeiter geschaffen werden, aber Frau Scharrenberg ist sehr zuversichtlich.

Herr Klüssendorf ergänzt, dass der Jugendhilfeausschuss immer externe Ausschreibungen gefordert hat.

zu 4.3 Anfrage des AM Katja Mentz (GAL): Schließungszeiten der Kinderbetrieu- einrichtungen in Lübeck Vorlage: VO/2017/04829

Herr Jürgensen beantwortet die Anfrage von Frau Mentz mündlich.

1. Vertraglich sind maximal 30 Schließungstage pro Jahr vereinbart.
2. Es gibt keine festen Kriterien für die Festlegung der Schließungszeiten. Dennoch gibt es mit den benachbarten Einrichtungen Vereinbarungen, so dass quartiersbezogen mindestens eine Einrichtung in den Ferien offen ist.
3. Feste Schließungszeiten für alle Einrichtungen gibt es nicht und diese sind auch nicht gewünscht.

Frau Mentz fragt nach, ob die Schließungstage reduziert werden können und ob es Übereinstimmungen mit den Schließungszeiten der Betreuten Grundschulen gibt. Herr Jürgensen erklärt, dass ihm z. B. bei rd. 1.800 Kindern in städtischen Kitas lediglich 18 Einzelfälle bekannt sind, bei dem Gastkinder in anderen Einrichtungen sind. Er weist außerdem auf die Möglichkeit der Betreuung in der Tagespflege hin. Jeder weitere Öffnungstag würde 130.00 Euro pro Jahr kosten.

Eine Diskussion über die Anzahl der Schließungstage und die Notwendigkeit von deckungsgleichen Schließungstagen entsteht. Es sprechen Frau Hildebrand, Herr Weise, Frau Oldenburg, Frau Mentz, Frau Weiher, Frau Eitel und Herr Mix. Herr Jürgensen schlägt vor diese Fragen in der AG Kitaträger zu besprechen. Die Ergebnisse, die sich aus der Diskussion ergeben, werden dann im Ausschuss vorgestellt. Frau Hildebrand und Herr Klüssendorf befürworten diesen Vorschlag.

Der Ausschuss widerspricht dem nicht.

Beschluss:

1. Wie viele Schließungstage pro Jahr gibt es in den Kinderbetreuungseinrichtungen der unterschiedlichen Träger (Krippe, Kindergarten, Hort, betreute Grundschule) in Lübeck?
2. Gibt es jeweils feste Kriterien für die Festlegung von Schließungszeiten (wie z.B. die ersten drei Wochen der Sommerferien) – abgesehen von festgelegten Feiertagen?
3. Wie kann ermöglicht werden, dass die Schließungszeiten der unterschiedlichen Betreuungseinrichtungen unterschiedlicher Träger deckungsgleich sind.

Der Ausschuss folgt dem Verfahrensvorschlag und vertagt die Anfrage, bis in der AG Kitaträger darüber beraten wurde.

zu 5 Berichte

zu 5.1 mdl. Bericht unbegleitete minderjährige Ausländer im Übergang

Frau Scharrenberg und Frau Mesch stellen den Bericht anhand einer Power-Point-Präsentation dar, die der Niederschrift beigelegt ist.

Auf Nachfragen von Frau Bauke und Herrn Wargenau zur Berufsschulpflicht erklärt Frau Weiher, dass die Beschulung in den Berufsschulen auch für volljährige Flüchtlinge in Lübeck sehr großzügig gehandhabt wird, teilweise bis zum 25. Lebensjahr. Weiterhin gibt es auch Angebote vom JobCenter und der Bundesagentur für Arbeit und die Sprach- und Alphabetisierungskurse von der VHS, die wahrgenommen werden können.

Auf Nachfragen von Frau Mentz erklärt Frau Mesch, dass die Ausländer bei den Asylanträgen Unterstützung erhalten. Weiterhin berichtet Frau Scharrenberg, dass auch in den Ferienzeiten normales Programm in den Einrichtungen angeboten wird und Frau Weiher weist auf das Sommerangebot in den Berufsschulen hin.

Frau Bauke fragt nach den Ideen zur Wohnraumbeschaffung und schlägt Volljährigen-Wohngemeinschaften vor.

Frau Scharrenberg erklärt, dass grundsätzlich das Ziel verfolgt wird, die volljährig gewordenen Flüchtlinge im Anschluss an eine stationäre Maßnahme in eigenen Wohnraum ziehen zu lassen. Bei fehlendem Wohnraum wird im Einzelfall an den Bereich Soziale Sicherung verwiesen, der eine vorübergehende Unterbringung organisiert. Es wird aber darauf geachtet, dass kleine Wohneinheiten und jeweils Einzellösungen gefunden werden.

Dennoch muss Wohnraum geschaffen werden. Frau Mesch ergänzt, dass zusätzlich auch ambulante Hilfen für den Übergang eingerichtet werden.

Frau Weiher findet den Vorschlag mit den Volljährigen-Wohngemeinschaften gut und erklärt, dass soziale Kontakte und Begleitung teilweise notwendig sind. 4.900 Wohnungen sollen in Lübeck gebaut werden. Dies dauert jedoch noch ein paar Jahre und der Bedarf kann zurzeit noch nicht gedeckt werden. Frau Scharrenberg betont die gute Zusammenarbeit mit der Sozialen Sicherung und dem Jugendmigrationsdienst.

Herr Bernet fragt nach, ob die unbegleiteten minderjährigen Ausländer in den Unterkünften Anspruch auf Ausstellung eines Aktiv-Passes haben.

Nachträgliche Beantwortung der Frage:

Unbegleitete minderjährige Asylbewerber in stationären Jugendhilfemaßnahmen haben keine Ansprüche auf „BuT“-Leistungen. Hiervon ausgenommen ist das Mittagessen, alle anderen Leistungen sind im Pflegegeld enthalten.

*Anders verhält es sich, wenn unbegleitete minderjährige Asylbewerber im Haushalt von Verwandten (Vormundschaften Onkel, Tante oder ältere Geschwister) leben **und** gleichzeitig im Bezug von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) stehen. In diesen Fällen handelt es sich dann nicht um Jugendhilfemaßnahmen.*

Auf Nachfragen von Frau Mentz und Frau Hildebrand antworten Herr Regenberg, Frau Mesch und Frau Scharrenberg.

Die Angst vor der drohenden Abschiebung wird von Anfang an thematisiert.

Aus den laufenden Hilfen geht nicht hervor, wie viele Jugendliche „abtauchen“. Einige Ausländer sind nur kurz in der Inobhutnahmestelle und reisen sehr zügig weiter.

Im ersten Quartal 2016 kamen 39 neue Flüchtlinge an und im ersten Quartal 2017 kamen 12 neue Flüchtlinge an. Die Ausländer, die mittlerweile hier ankommen, bleiben in der Regel auch und reisen nicht weiter.

Herr Klüssendorf bedankt sich bei Frau Mesch und Frau Scharrenberg.

Der Bericht wird vom Ausschuss zur Kenntnis genommen.

<p>zu 5.2 Teilhabeplan von und für Menschen mit Behinderung; Ergebnisse der Arbeitsgruppen zu den Handlungsfeldern "Kindheit, Jugend und Familie" und "Schule und Bildung" Vorlage: VO/2017/04656</p>

Herr Klüssendorf begrüßt Frau Justin aus dem Bereich Soziale Sicherung.

Frau Justin erklärt, dass es zwei Handlungsfelder gibt und dass die Handlungsempfehlungen mit Frau Albrecht und Frau Heidig abgestimmt wurden.

Frau Eitel, Frau Justin und Herr Wargenau diskutieren über die unterschiedliche Bedeutung der Worte Beeinträchtigung und Behinderung und die korrekte Verwendung.

Frau Eitel unterstützt diesen Bericht und erklärt, dass Kinder im Integrationsbereich verstärkt gefördert werden müssen und es noch Entwicklungsbedarf für den U3- und des Ganztagsbereich gibt. Die Feststellung einer Behinderung erfolgt durch den Fachbereich 2 und kann nur begrenzt im Voraus mit der Bedarfsplanung der Jugendhilfe abgestimmt werden. Dadurch sind Maßnahmen von den Trägern teilweise schwer umsetzbar.

Frau Heidig berichtet, dass eine Arbeitsgruppe beim Bereich Soziale Sicherung dieses Thema verfolgt. Der nächste Termin findet mit den Trägern statt. Zusätzliche Integrationsgruppen wurden bereits mit der Kitabedarfsplanung im März 2017 beschlossen.

Frau Mentz fragt in diesem Zusammenhang, ob durch die Toilettensanierung in den Schulen auch die Barrierefreiheit hergestellt wird.

Frau Weiher erklärt, dass das Gebäudemanagement des Fachbereichs 5 dafür zuständig ist

und dass sie leider nicht genau sagen kann, ob der Zugang durch die Sanierung barrierefrei ist.

Herr Klüssendorf weist darauf hin, dass dies bitte beim Gebäudemanagement oder dem Schul- und Sportausschuss erfragt werden soll.

Beschluss:

Sachstand Umsetzung des Bürgerschaftsauftrages vom 18.09.2014 (VO/2014/01965)

Der Bericht wird vom Ausschuss zur Kenntnis genommen.

zu 6 Beschlussvorlagen

Es liegt nichts vor.

zu 7 Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft
--

Es liegt nichts vor.

zu 8 Anträge von Ausschussmitgliedern

Es liegt nichts vor.

zu 9 Verschiedenes

Es liegt nichts vor.

Der Vorsitzende bittet die Öffentlichkeit und die Personen, die zur Teilnahme am nicht-öffentlichen Teil der Sitzung nicht berechtigt sind, den Raum zu verlassen.

Ende des öffentlichen Teils der Sitzung um 17:35 Uhr.

Die Öffentlichkeit und die Personen, die zur Teilnahme am nichtöffentlichen Teil der Sitzung nicht berechtigt sind, verlassen den Raum.

Beginn des nichtöffentlichen Teils der Sitzung um 17:36 Uhr.

zu 11 Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Herr Klüssendorf gibt bekannt, dass im nichtöffentlichen Teil keine Beratungen durchgeführt und keine Beschlüsse gefasst wurden.
Der Ausschuss hat eine Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis genommen.

Lübeck, den 31. August 2017

Tim Klüssendorf
Vorsitzende/r

Dana Gladasch
Protokollführung